

Forschungsprojekt: Evaluation der Wohnungslosenhilfe in Niederösterreich

Erhobene Problemfelder und offene Fragen Handout zur Diskussion mit Stakeholdern

Stand: 30. Juni 2021

Michaela Moser, Veronika Reidinger, Hanna Vettori – FH St. Pölten

Folgende Problemfelder zeichnen sich aus der bisherigen Auswertung der bereits geführten Erhebungen, Interviews und Gruppendiskussionen (AP1 und AP2) ab und dienen als Basis für weitere Schlussfolgerungen im Hinblick auf konkrete Konsequenzen für die Sozialplanung, die im Rahmen des als Arbeitspaket 3 (AP3) geplanten Stakeholder-Dialogs diskutiert werden.

Arbeitspaket 1 (AP1) widmete sich einer Zusammenschau der quantitativen Nutzung der Wohnungslosenhilfe in Niederösterreich und einer möglichen Systematisierung der Angebotslandschaft in Abhängigkeit der verfügbaren Datenlage. In Anlehnung an die Europäische Typologie für Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung (ETHOS) wurden obdachlose und wohnungslose Personen gleichermaßen berücksichtigt (Vgl. FEANTSO o.J.). Dementsprechend wurden mit Bezugnahme auf den niederösterreichischen Sozialbericht (2018) Wohnhäuser, Einrichtungen für betreutes Wohnen, Notschlafstellen, Tageszentren, Frauenhäuser, Mutter-Kind-Häuser und Notwohnungen untersucht. Ziel war eine erste Orientierung im Feld, sowie eine strukturierte Darstellung der vorhandenen institutionellen Versorgung in ihren Spezifika. Dabei wurde auf verfügbare Daten aus Jahresstatistiken zurückgegriffen, zusätzlich wurden Informationen aus Leistungskatalogen und den Webseiten des Landes Niederösterreich sowie jener der jeweiligen Einrichtungen genutzt. Eigene quantitative Erhebungen wurden nicht durchgeführt.

Im Rahmen des Arbeitspakets 2 (AP2) wurden an die 30 Mitarbeiter*innen verschiedener Einrichtung(styp)en der NÖ Wohnungslosenhilfe (in unterschiedlichen Vierteln Niederösterreichs), sowie mit 15 Mitarbeiter*innen von Schnittstellen-Einrichtungen (Wohnungssicherung, Schuldenberatung, Erwachsenenvertretung, Kinder- und Jugendhilfe, Krankenhaus, Psychiatrie) Einzelinterviews und Gruppendiskussionen geführt. Zusätzlich wurden 4 Mitarbeiter*innen von Bezirksverwaltungsbehörden befragt und 13 Nutzer*innen interviewt. Dabei zeigten sich insgesamt folgende Problemfelder, für die es im Zuge des dritten Arbeitspakets AP3 konkrete Schlussfolgerungen zu diskutieren bzw. erarbeiten gilt.

1 Herausforderungen mit Blick auf die Datenlage

■ **Notwendiger Gesamtüberblick**

- Die NÖ Wohnungslosenhilfe zeigt sich in fragmentierter Form. Es fehlt ein systematischer und vollständiger Gesamtüberblick
- Entsprechende Probleme ergeben sich in der Vergleichbarkeit von Daten und Zahlen sowie hinsichtlich einer bestmöglichen Vermittlung adäquater Angebote an unterschiedliche bedürftige Personen.

■ **Umgang mit unterschiedlichen Darstellungslogiken**

- Spezifische Finanzierungslogik prägt die Darstellung der Angebote der NÖ-WLH im Sozialbericht und damit verbundene Einschränkung der erfassten Angebote.
- Vergleich mit der vom Europäischen Dachverband der Wohnungslosenhilfe FEANTSA etablierten WLH-Typologie ETHOS macht Lücken deutlich und erweitert die Perspektive auf weitere WLH-relevanter Einrichtungen.

■ **Notwendige Transparenz und Vereinheitlichung in Erhebung und Darstellung von Daten**

- Zählweise und Berechnungsarten für zentrale Kennzahlen, wie etwa jene der Auslastung scheinen derzeit nicht vereinheitlicht und sind nicht vollständig nachvollziehbar.
- Entwicklung von Verbesserungen in Transparenz und Vereinheitlichung in der Erhebung und Darstellung von Daten wäre sinnvoll.

■ **Notwendige Differenzierungen**

- Verfügbare Zahlen und Daten unterscheiden sich auch im Grad der Differenzierung, beispielsweise hinsichtlich der Erhebung bzw. Darstellung nach Geschlecht und mit Blick auf weitere sozioökonomische Faktoren.
- Teilweise sind trotz differenziertem Angebot nur Gesamtzahlen einer Einrichtung verfügbar.
- Vor- und etwaige Nachteile einer differenzierten Erhebung und Darstellung sind zu beleuchten.

■ **Bewertung und Zählweise der an Kinder vergebenen bzw. für diese verfügbare Plätze**

- Zählweise und Bewertung von an Kinder vergebenen Plätze werfen Fragen auf bzw. zeigen Diskrepanzen, die in Bezug auf eine quantitative Bedarfsfeststellung von Bedeutung sein könnten und dementsprechend zukünftig in den Blick genommen werden sollen.

- **Daten zu Ablehnungen und deren Bewertung**
 - Daten bezüglich Nutzer*innen, denen kein Platz zur Verfügung gestellt werden konnten, werden nur teilweise erhoben. Die Gründe der Ablehnung sind dabei nicht offensichtlich.
 - Es stellt sich die Frage, inwieweit hierin eine relevante Kennzahl bezüglich vorhandener Angebotslücken zu sehen ist und in welcher Weise diese auch auf andere Angebote angewandt werden sollte

- **Fehlende Daten aufgrund vielfältiger Kompensationsketten**
 - Annahme bzw. Indizien der Kompensation fehlender Angebote durch Ausweichen auf andere Viertel, Richtung Wien/NÖ, private Unterstützung, prekäre Wohnunterkunft („verdeckte Obdachlosigkeit“)

- **Eingeschränkte Aussagekraft der verfügbaren Daten zur Auslastung**
 - Zählweise und Berechnungsarten sind derzeit nicht vereinheitlicht, die verfügbaren Daten sind – auch aufgrund vielfältiger Kompensationsketten (siehe oben) – von eingeschränkter Aussagekraft.

- **Mögliche nationale Standardisierung**
 - Laut Auskunft der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO) ist eine stärker national standardisierte Wohnbedarfserhebung in Planung (BAWO 2019).
 - Eine Abstimmung mit der dafür vorgesehenen bzw. diskutierten Erfassungsweise, die mögliche bundesweite Vereinheitlichung der Erhebung und Darstellung von Kennzahlen aus der WLH sowie ein dadurch entstehender möglicher Mehrwert im Sinne besser Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern wäre zukünftig entsprechend zu erörtern.

- **Mögliche Einrichtung einer Datenbank inklusive Geomapping**
 - Ein Gesamtüberblick ist derzeit auch aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten schwierig
 - Die NÖ-WLH zeichnet sich durch hohe Komplexität aus (verschiedene Träger, verschiedene Angebote, unklar, welche Zugangsvoraussetzungen und ob Wartelisten, etc.)
 - Eine landesweite Datenbank wäre sinnvoll, um Angebote auch direkt in der regionalen Verteilung zu sehen und könnte auch als nützliches Verweisungsstool auch für (Schnittstellen-)Einrichtungen der NÖ-WLH dienen.
 - Denkbar wäre auch die Nutzung für eine Art „Sozialmonitoring“ bzw. als Tool für die weitere Sozialplanung.

2 Schnittstellenproblematiken

■ **Fehlende Durchlässigkeit zur Behindertenhilfe**

- Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Wohnungslosigkeit/Obdachlosigkeit und psychische Erkrankungen (stärkere Häufigkeit).
- Bei Suchterkrankungen kommt es zu Hürden in der Inanspruchnahme (durch den Ausschlussgrund Suchterkrankungen in Einrichtungen)
- Probleme ergeben sich auch aus dem Automatismus im Ausschluss von Menschen mit psychischen Erkrankungen von Angeboten der WLH
 - Bestehende Finanzierungslogik wirkt problematisch, wenn Aufenthalt von Personen nicht finanziert wird
 - Psychische Erkrankungen sind im Erstgespräch nicht immer sichtbar
 - Kritik besteht auch aus Perspektive der Psychiatrie bezüglich der Nicht-Aufnahme gut eingestellter und gut betreubarer Personen
 - Probleme aufgrund fehlender Durchlässigkeit: kein Zurück in die WLH bei bestimmten Diagnosen
- Vorschlag zur Diskussion: Mehr Spielraum in der Zuweisung und Zuteilung (Vertrauen in die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter*innen der WLH)

■ **Probleme im Bereich Wohnungslosigkeit von Kindern und Jugendlichen**

- Offene Fragen und Diskrepanzen zu Zählweise, Bewertung und Finanzierung von an Kindern vergebene Plätze
- Fragen zu Zuständigkeit/Kompetenzen. Notwendigkeit verbesserter Abstimmung mit der Kinder- und Jugendhilfe.

3 Spezifischer Wohnraumbedarf

■ **Bedarf an zusätzlichen niederschweligen Angeboten**

- Große Einigkeit zum Bedarf an mehr niederschweligen Angeboten. Bestehende Angebote werden als großteils sehr hochschwellig (mit vielen Zugangsvoraussetzungen) eingeschätzt.
- Finanzierungssicherheit für Akutversorgung (u.a. Notwohnungen), bereits vor Abklärung entsprechender Finanzierungsbewilligung wird gewünscht.
- Eine regionale Ausweitung des niederschweligen Angebots an Wohnraum, der kurzfristig relativ unbürokratisch für Menschen zu Verfügung gestellt werden kann, die in einer Krise sind, aber nicht so einen hohen Betreuungsbedarf haben, wird als notwendig eingeschätzt.

- Bedarf wird auch an regionale Ausweitungen von Notschlafstellen (Psychiatrie kompensiert mitunter fehlende NOST) genannt.
- Problem von Zielgruppen, die aufgrund familiärer Konstellation (Paare bzw. Familien) und/oder LGBTIQ-Identität keine adäquaten Angebote finden.
- Konkreter Vorschlag: Non-Compliance-Zimmer als niederschwelliges Angebot für Personen, die nirgendwo andocken können (Vorbild OÖ)

■ **Bedarf an Housing First**

Allgemeiner Bedarf an leistbarem Wohnen (Fragen der Wohnpolitik)

- Wohnassistenz Verein Wohnen als Housing First Angebot, allerdings teilweise Probleme mit langer Anlaufzeit
- Mehr Angebote und Housing First Konzept für NÖ wären sinnvoll (auch für Personen mit vermehrtem Betreuungsbedarf, Vorbild: Wohnassistenz der Behindertenhilfe)
- Genereller Mangel an kleinen leistbaren Wohnungen
- Unterstützung bei selbständigem Wohnen, z.B. durch gemeindenahe Sozialarbeit
- Aufsuchende Sozialarbeit
- Unterstützung bei „Anlaufmitteln“: Genossenschaftsbeiträge, Kautionen, Mittel für Möblierung
- Verknüpfung mit Mobilitätsthema (Mobilpass zur Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln wäre hilfreich, um günstigerer Wohnungen am Land beziehen zu können)
- Bedarf an behindertengerechten Wohnungen
- Erwartung zahlreicher Delogierungen in der Post-Corona-Zeit und notwendige Verstärkung adäquater präventiver Maßnahmen

■ **Bedarf an allgemeiner Strategie und Koordinationsstelle**

- Mögliche Entwicklung einer NÖ Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und Einrichtungen ein Koordinationsstelle (Land NÖ und WLH-Einrichtungen)

4 Informationsbedarf

■ **Bedarf an mehr Information zu bestehenden Angeboten. Bedarf an Öffentlichkeitsarbeit**

- Nutzer*innen kommen oft nur zufällig zu Informationen über vorhandene Angebote.
- Es braucht bessere Informationsangebote, auf unterschiedlichen Wegen (auch unabhängig von Internetzugang), leicht (auf-)findbar (u.a. Frage der Benennung), professionell organisiert.

5 Probleme im Zusammenhang mit den Auswirkungen struktureller Ausschlüsse

- ⊖ Ausschluss aller Personen ohne österreichische Staatsangehörigkeit oder diesen gleichgestellten Personen nach § 4 NÖ SHG, sowie Personen ohne Wohnsitz in NÖ
- Probleme rund um Wohngemeinschaften, die als Bedarfsgemeinschaften betrachtet werden. Notwendig wäre eine entsprechende klare Regelung (im NÖ SAG), die sicherstellt, dass gewisse Konstellationen von der Definition „Haushaltsgemeinschaft“ ausgenommen sind.